FS1NEU Freiheit sichern - Polizei demokratisieren!

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

Auch in Bayern konnten zuletzt Gesetzesverschärfungen und eine Autoritarisierung der Innenpolitik beobachtet werden. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer komplizierter wird, versuchen vor allem konservative und nationalistische Parteien, allen voran die CSU, mit möglichst einfachen Forderungen das „Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung wiederherzustellen. Immer weitere "Sicherheitsgesetze" in engen Abständen schaffen jedoch nicht mehr Sicherheit, sondern sind nur Aktionismus und schüren die Ängste vor Kriminalität und Terrorismus. Das jüngste dieser Gesetzesvorhaben ist das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz, das die CSU zurzeit vorantreibt. Die GRÜNE JUGEND Bayern dagegen setzt sich für eine demokratische und bürger*innennahe Polizei ein.

Bürger*innennahe Polizei statt Polizeiwillkür!

Wir wollen eine Polizei, die Grund- und Bürger*innenrechte achtet. Als Inhaber*innen der staatlichen Gewalt müssen sich alle Polizist*innen ihrer Verantwortung bewusst sein. In diesem Zusammenhang muss vor allem die Kontrolle der Polizei gestärkt werden, um einen Machtmissbrauch durch Polizist*innen wirkungsvoll ausschließen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Einführung eines*r unabhängigen Polizeibeauftragte*n, die*r an den bayerischen Landtag angegliedert werden soll. Ihm*r soll eine unabhängige Behörde unterstellt werden, die landesweit für alle Ermittlungen zuständig ist, bei denen Polizist*innen unter dem Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben. Um insbesondere bei Großeinsätzen eine nachträgliche Identifizierung von Polizist*innen zu ermöglichen, müssen alle Polizeibeamt*innen mit einer anonymen Nummernkennzeichnung - auf Wunsch auch mit Namen - ausgestattet werden.

In den letzten Jahren wurde die Polizei mit immer weitreichenderen Befugnissen ausgestattet. Einsatzschwellen wurden gesenkt, neue Einsatzmittel erlaubt und Befugnisse erweitert. So wurden für die Polizei in Sachsen und Hamburg Panzerfahrzeuge beschafft, in Wurzen das SEK bei einer Demonstration zur "Sicherung" eben dieser eingesetzt und in Bayern geplant, der Polizei den Einsatz von Explosivwaffen wie Handgranaten deutlich zu vereinfachen. Diese Militarisierung der Polizei lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab, da sie in einen Widerspruch zum Konzept einer bürger*innennahen Polizei darstellt. Zudem muss eine Debatte darüber angestoßen werden, inwieweit das Tragen von Schusswaffen durch Polizeibeamt*innen im öffentlichen Raum notwendig ist. In jedem Falle muss die polizeiliche Ausbildung im Hinblick auf den Einsatz von Waffen verbessert werden. In regelmäßigen Schulungen muss darauf hingewiesen werden, dass Waffen nur in bestimmten Situationen und in einem vernünftigen Maße eingesetzt werden dürfen.

Gerade auf Demonstrationen wird zurzeit oft Pfefferspray durch die Polizei eingesetzt, teilweise mit einer extrem niedrigen Einsatzschwelle. Dieses Einsatzmittel fügt den Opfern nicht nur immense Schmerzen zu, sondern kann unter umständen auch tödlich enden. Deswegen ist Pfefferspray im Genfer Protokoll als Kampfstoff international geächtet. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Verbot von Pfefferspray im Polizeieinsatz. Ebenso lehnen wir die Einführung von

Elektroschockwaffen, sogenannten Teasern, für die Polizei ab, da die Hemmschwelle, diese auch in Situationen einzusetzen, in denen ein Einsatz eigentlich nicht geboten wäre, äußerst gering ist. Auch Teaser können den Betroffenen schwere und sogar tödliche Verletzungen zufügen.

Ebenfalls lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern das Tragen von schlagverstärkenden Handschuhen, sogenannten Quarzhandschuhen ab und setzt sich dafür ein, dass Schutzbewaffnung nur dann angelegt, wenn die Einsatzsituation es unbedingt erfordert.

Wir lehnen darüber hinaus die Aufrüstung von Sicherheits- und Ordnungsdienstmitarbeiter*innen ab und fordern deren Abrüstung, denn das Gewaltmonopol muss beim Staat liegen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt die derzeitige massive Aufstockung von Schlagstöcken, denn sie fördern die unnötige Gefahr von schweren Verletzungen und Tötungen bei alltäglichen Einsätzen. Es müssen zudem Abgabestellen geschaffen werden, bei denen private Waffen unkompliziert und straffrei abgegeben werden können. So reduzieren wir den Gesamtbestand an Waffen in der Bevölkerung.

USK auflösen!

Insbesondere bei Großlagen wie Demonstrationen oder Fußballspielen wird in Bayern das Unterstützungskommando der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Dieses ist eine Spezialeinheit, die oft auch als Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit eingesetzt wird. Angehörige des USK sind in den vergangenen Jahren vor allem gegenüber linken Demonstrant*innen immer wieder extrem gewalttätig aufgetreten. Eine Verfolgung von Straftaten dieser Polizeibeamt*innen scheitert regelmäßig am Corpsgeist in den Einheiten. Zudem konnte immer wieder eine gefährliche Nähe von Mitgliedern des USK zu rechtsextremen Positionen und Gruppierungen festgestellt werden. Die Probleme des USK sind strukturell bedingt und können auch nicht durch bessere Ausbildung oder Schulungen behoben werden. Eine solche Einheit hat bei einer bürger*innennahen Polizei nichts verloren. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Auflösung des USK.Aufgaben des USK sollen in Zukunft auf andere geeignete bestehende Polizeieinheiten übertragen werden.

Folgende Aufgaben des USK sollen in Zukunft Kompetenz des SEK sein:

- Fahndung und Festnahme gefährlicher STraftäter einschließlich des Stürmens von Gebäuden zu diesem Zwecke
- Die Bekämpfung der OK und der Schwerkriminalität
- Der Gefangenentransport, etwa wenn mit einer Gefangenenbefreiung zu rechnen ist
- Dem Notzugriff bei Geiselnahmen und Amoklagen
- Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit

Hierfür soll das bestehende SEK aufgestockt werden.

Der Einsatz bei Sonderlagen, insbesondere bei Demonstrationen und schweren Ausschreitungen soll zukünftig auf die reguläre Polizei übergehen und nicht mehr Aufgabe des USK sein.

PAG-Novellen rückgängig machen!

Die schon bestehenden Befugnisse der bayerischen Polizei sollen mit der zweiten Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv ausgeweitet werden. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der Einführung des Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung der Betroffenen geschaffen. Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine starke Absenkung der Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und Bürger*innenrecht. Beispielsweise können Menschen seit Juli 2017 quasi unbegrenzt präventiv in Haft genommen werden. Problematisch ist dabei insbesondere der präventive Charakter der Befugnisse. Wir wollen keinen "Prepolicing"-Staat, in dem die Polizei schlimmstenfalls auf der Basis von Statistiken Grundrechtseingriffe vornehmen kann. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Kategorie der drohenden Gefahr deswegen ab und setzt sich für die Abschaffung der PAG-Novelle von 2017 ein. Darauf aufbauend wird zurzeit an der zweiten Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten soll. Im Zuge dessen möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen ausstatten: beispielsweise soll die Polizei Menschen ohne richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können oder Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei könnte ohne den konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen, elektronische Daten der Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist*innen soll drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine freie Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen Überwachungsstaat! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert den bayerischen Landtag auf, dieses Gesetz nicht zu beschließen und die aktuelle polizeiliche Gesetzgebung zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten, um eine bürger*innennahe Polizei zu schaffen. Sollte der Landtag das Gesetz wie zu erwarten verabschieben, werden wir uns dafür einsetzen, dass es sobald wie möglich rückgängig gemacht wird und Klagen gegen das Gesetz nach Möglichkeit unterstützen.

Verbot von Racial Profiling ins PAG!

Trotz der gerichtlich festgestellten Rechtswidrigkeit solcher Maßnahmen wird auch in Bayern immer noch Racial Profiling angewandt. Dabei kontrolliert die Polizei gezielt nicht-weiße Menschen allein aufgrund ihres Aussehens oder ihrer angenommen Herkunft.
Darüber hinaus werden solche Kontrolle auch bei Menschen durchgeführt, deren äußere Erscheinung nicht den gesellschaftlich tradierten Normen entspricht.
Diese Vorgehensweise muss umgehend enden! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, ein Verbot von Racial Profiling explizit ins Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen und Zuwiderhandlungen zu verfolgen. Außerdem müssen Polizeibeamt*innen dafür sensibilisiert werden, welche Verhaltensweisen rassistisch und deswegen zu unterlassen sind.Dafür sollen regelmäßige verpflichtende Reflextionsrunden stattfinden, in denen analysiert wird ob das Verhalten, egal ob absichtlich oder nicht, durch Vorurteile geprägt ist. Zudem sollten verdachtsunabhängige Kontrollen wie die sogenannte Schleierfahndung nur noch in einem sehr eng gesteckten Rahmen bei Hinweisen auf eine konkrete Gefahr in einem begrenzten

Gebiet zulässig sein. Die Ausweisung großräumiger "Gefahrengebiete" lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab.

Grenzkontrollen an den bayerischen Außengrenzen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ebenso wie die Einführung einer bayerischen Grenzpolizei ab, da der Grenzschutz - wie auch in Art. 73 des GG geregelt- Bundessache und eine solche bayrische Grenzpolizei somit verfassungswidrig ist. Ebenso lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern Einsätze der Bundeswehr im Inneren ab.

Für sachliche und politisch neutrale polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit!

Mit Sorge betrachtet die GRÜNE JUGEND Bayern die Entwicklung der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit den sozialen Medien. Mittlerweile entsteht immer öfter der Anschein, dass die Polizei als politische Akteurin auftreten möchte. Dabei kommt die Polizei nicht nur den ihr gegebenen Informationspflichten gegenüber der Bevölkerung nach, sondern nimmt zusätzlich eine politische oder vorschnelle rechtliche Einordnung vor. Dies ist bei Aussagen, die Polizist*innen vom Vorwurf jeglichen Fehlverhaltens freisprechen, bevor überhaupt interne Ermittlungen und Aufklärung stattgefunden haben, beispielsweise beim Vorwurf der Polizeigewalt, ebenso zu beobachten, wie beim Umgang mit linken Demonstrationen und nicht-deutschen Menschen. Zum Teil werden dabei auch stigmatisierende und diskriminierende Begriffe wie "Nafri" verwendet oder - wie zum Beispiel bei der Räumung des Hausprojekts Friedel 54 in Berlin - vorschnell Behauptungen aufgestellt, die sich später als falsch erweisen, zuvor aber von vielen Medien und Beobachter*innen übernommen und verbreitet werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Polizei zu einem defensiven und verantwortungsbewussten Umgang mit den sozialen Medien auf, der zudem keine politische Bewertung miteinschließt! Es dürfen unter keinen Umständen diskriminierende Äußerungen von offiziellen Plattformen der Polizei getätigt oder Informationen als Tatsachen verbreitet werden, bevor diese gerichtsfest gesichert sind. Auch stellen wir uns klar dagegen, dass Polizeibehörden und einzelne Parteien eine gesellschaftliche Stimmung schüren, die jegliche Kritik an Polizeiarbeit verbietet und Sicherheitsbehörden als unfehlbar geriert.

Für ein Versammlungsfreiheitsgesetz statt der Verschärfung des Versammlungsrechts!

Zuletzt wurde die Demonstrationsfreiheit durch die Verschärfung der §§ 113 bis 115, 125 und 323c StGB, mit denen durch massive Strafandrohung für Bagatelldelikte einen besseren Schutz für Einsatzkräfte bewirkt werden sollte, im Frühjahr 2017 spürbar eingeschränkt. Im Nachgang der G20-Proteste wurde von den Unions-Innenminister*innen dann gefordert, den Straftatbestand des Landfriedensbruchs derart zu ändern, dass man bereits belangt werden könnte, wenn man sich an einer Demo nur beteiligt, aus der beispielsweise ein Stein geworfen wird. Das würde defacto einer Abschaffung der Versammlungsfreiheit gleichkommen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt diese Versuche der Einschränkung von elementaren Grundrechten der Demokratie! Die Verschärfung der §§ 113 bis 155, 125 und 323c StGB muss rückgängig gemacht werden. Weitere Gesetzesverschärfungen, die sich negativ auf die Versammlungsfreiheit auswirken, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir ein Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Durchführung von Demonstrationen und Versammlungen erleichtert. Wir wollen den zurzeitigen Straftatbestand der Vermummung bei Demonstrationen auf eine Ordnungswidrigkeit zurückstufen, um der

Polizei einen Ermessenspielraum bei der Verfolgung zu geben. Das Verbot, Vermummungsgegenstände auf Demonstrationen lediglich mitzuführen muss aufgehoben werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert darüber hinaus ein Verbot des Einsatzes von Wasserwerfern bei Temperaturen unter 0 °C. Bei der Ausbildung der Polizei sollte in Bezug auf Versammlungen und Großereignissen wie Fußballspiele das Hauptaugenmerk auf Deeskalation liegen. Polizeiliche Einsatzkonzepte, die von vornherein darauf ausgelegt sind, Demonstrationen nicht laufen zu lassen, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern entschieden ab!

Kein Missbrauch technischer Möglichkeiten!

Im Januar lief das Modellprojekt zur Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung am Berliner Südkreuz aus. Nun soll das Projekt um weitere sechs Monate verlängert werden. In diesem Test soll die Software aus Bildern von Menschen diese wiedererkennen, falls sie sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten. Auch in Bayern soll die automatische Gesichtserkennung mit der Videoüberwachung kombiniert werden. Wir sehen darin einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte aller Bürger*innen, denn auch die Gesichter von nicht gesuchten Personen werden gescannt. Dadurch lassen sich theoretisch Bewegungsprofile für alle Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, erstellen. Zudem ist die Zahl "falscher Treffer" erschreckend hoch: es werden überwiegend Menschen als gesucht identifiziert, die es gar nicht sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt deswegen anlasslose Videoüberwachung ab und fordert ein Verbot der Nutzung von Software zur automatischen Gesichtserkennung und zur Analyse von Videomaterial. Videoüberwachung sorgt lediglich für eine "gefühlte" Sicherheit und kann für die Aufklärung von Straftaten unterstützend wirken, hilft aber nicht bei deren Verhinderung. Darüber hinaus lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern auch jede Art von Vorratsdatenspeicherung ab. Vorratsdatenspeicherung stellt einen enormen Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger*innen dar. Trotz Löschfristen kann nie sichergestellt sein, ob die Daten wirklich gelöscht wurden oder ob sie vorher nicht kopiert wurden.

Sicherheitslücken gehören geschlossen!

Immer wieder kommt es zu Leaks sogenannter Hacking-Werkzeuge verschiedener Geheimdienste. Bei diesen Hacking-Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner darf nicht die Datensicherheit Vieler in Gefahr gebracht werden. Software wird immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern eine sofortige polizeiliche Meldepflicht für Sicherheitslücken, sowie eine Veröffentlichung besagter Sicherheitslücke nach Verstreichen einer angemessenen Pflicht sowie eine Veröffentlichung besagter Sicherheitslücken nach Verstreichen einer angemessenen Frist.

Für Datensouveränität - gegen Staatstrojaner!

Mit Staatstrojanern versuchen Sicherheitsbehörden, digitale Geräte auszuspähen. Die neuesten Trojaner können beispielsweise Screenshots von Chatverläufen machen und somit die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von verschlüsselten Messenger-

Diensten umgehen. Betroffene erfahren - wenn überhaupt - erst lange nach der Maßnahme davon. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehen diese Eingriffe in die Privatsphäre entschieden zu weit! Wir treten für Datensouveränität und den Schutz privater Kommunikation ein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen das Ende des Einsatzes von Staatstrojanern und allgemein der staatlichen, heimlichen Online-Durchsuchung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

FS2NEU Freiheit sichern - kein Fußbreit dem Faschismus!	
Antragsteller*innen:	
Tagesordnungspunkt:	TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

Wo man im Jahr 2018 auch hinschaut, fast überall im politischen Betrieb wird der Rechtsruck deutlich, den selbiger in den letzten Jahren hinter sich hat. Bei der Bundestagswahl 2017 zog mit der AfD eine rechtsextreme Partei in den Bundestag ein. Insbesondere Geflüchtete und als nicht-deutsch gelesene Personen, aber auch politisch andersdenkende Menschen sind zuletzt einer immer größer werdenden Bedrohung durch rechte Übergriffe ausgesetzt. Dazu kommen massive verbale Einschüchterungen und Hetze, insbesondere online in den sozialen Netzwerken.

Den Rassismus der "Mitte" enttarnen!

Gefährlich machen den Rechtsruck jedoch nicht nur die Aktivitäten alter und neuer Nazis, sondern auch das Agieren der sogenannten politischen und gesellschaftlichen "Mitte". Führende Politiker*innen von CDU und besonders der CSU machen mit rassistischen und rechtspopulistischen Parolen Wahlkampf und selbst einige wenige Politiker*innen der SPD, Linken und Grünen Stimmung gegen Geflüchtete. Alle Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre wurden sowohl im Bundestag als auch in der Bevölkerung von Mehrheiten getragen, deren Gesinnung von einer klassisch "rechtsextremen" weit entfernt ist. Ähnliches gilt für den in der BRD immer noch grassierenden Alltagsrassismus. Derart in der Gesellschaft fest verankerte Formen des Rassismus werden oft nicht als solche erkannt und sind gerade deswegen ein großes Problem. Hierzu zählen unteranderem diffamierende Begriffe für Menschen afrikanischer Herkunft, Sinti oder Roma. Sprache bestimmt das Denken. Schlimmer noch: Kritik an rassistischen Aussagen, Handlungen und Gesetzen wird relativiert und diskreditiert. Wir werden den Rassismus der "Mitte" enttarnen und wenden uns klar gegen jede rassistische Hetze, beispielsweise die der CSU.

Schluss mit dem Extremismus-Quatsch!

Ein weiteres Instrument zur Verschleierung und Negierung menschenverachtender Einstellungen in der "Mitte" der Gesellschaft ist die sogenannte Extremismustheorie. Dabei werden radikal Rechte und radikal Linke pauschal gleichgesetzt, ihnen die gleichen "verfassungsfeindlichen" Einstellungen zugesprochen und die "Mitte" ebenso pauschal von menschenfeindlicher Gesinnung freigesprochen. Völlig undifferenziert werden die unterschiedlichsten politischen Einstellungen, die scheinbar von derer der Mehrheitsgesellschaft abweichen, unter dem Extremismusbegriff zusammengefasst. Sogenannte radikale Rechte und radikale Linke unterscheiden sich im Kern ihrer Ideologie grundsätzlich: Rechts steht eine Theorie der Ungleichheit, Links ist eine Theorie der Gleicheit konstituierendes Merkmal. In der Wissenschaft ist die Extremismustheorie deswegen sehr umstritten und wird von vielen Wissenschaftler*innen als falsch abgelehnt. Auch für die GRÜNE JUGEND Bayern verbietet sich jede Gleichsetzung von links und rechts und eine Absolution der "Mitte". Menschenfeindliche Einstellungen müssen unabhängig davon, wer sie äußert, benannt und bekämpft werden. Und Menschen, die sich Nazis in den Weg stellen, verdienen Anerkennung und keine Gleichsetzung mit ihren Gegner*innen!

Verfassungsschutz abschaffen!

Auf der Extremismustheorie basiert auch die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz in Bayern. In seinen Lageberichten werden Aktivtäten von radikalen Linken und radikalen Rechten nebeneinander aufgereiht. Wie inkonsequent der Verfassungsschutz bei der Anwendung seiner eigenen Theorie ist, zeigt sich in der Beobachtung von Teilen der Linkspartei und der Nicht-Beobachtung der AfD. Generell erscheint gerade in Bayern der Verfassungsschutz als Mittel der CSU, insbesondere zur Diskreditierung linker Einstellungen und Strukturen. Darüber hinaus war der Verfassungsschutz tief in den NSU-Skandal verstrickt und fördert nicht selten die neonazistische Szene durch die Gehälter von V-Personen. Der Verfassungsschutz ist als Behörde gescheitert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die sofortige Abschaltung aller V-Personen und anschließend sobald wie möglich die Abwicklung und Abschaffung des Verfassungsschutzes. Stattdessen muss eine Institution aufgebaut werden, die ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt, eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und Konzepte für den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und Ideologien vorlegt. Darüber hinaus wollen wir die parlamentarische Kontrolle des noch bestehenden Verfassungsschutzes und der zu zu schaffenden Institution stärken und hierzu ein parlamentarisches Kontrollgremium.

Ob NPD oder "III. Weg" - den NS-Wiedergänger*innen den Kampf ansagen!

Neben der NPD haben sich mit dem "III. Weg", der Nachfolgepartei des verbotenen "Freien Netz Süd" und der Partei "DIE RECHTE" zuletzt zwei weitere Organisationen gebildet, die den Nationalsozialismus offen verherrlichen, klassischen Antisemitismus und Revisionismus verbreiten und oft auch Gewalt gegen politische Gegner*innen und Geflüchtete ausüben. Obwohl die klassisch-neonazistische Szene in letzter Zeit etwas aus dem Blickfeld vieler geraten ist, darf sie doch auf keinen Fall unterschätzt werden. Sie stellt nach wie vor eine große Gefahr für alle Personengruppen dar, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.
. Deswegen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern insbesondere eine staatliche Parteienfinanzierung solcher NS-verherrlichender Parteien strikt ab. Dazu kommen - gerade in Bayern - die oft durch den "III. Weg" organisierten "Streifengänge" neonazistischer "Bürgerwehren". Auch die "Soldiers of Odin" stellen eine weitere Gruppe dar, die versuchen, auf der Straße durch Präsenz Menschen einzuschüchtern und rassistisch motivierte Straftaten zu begehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher ein sofortiges Verbot dieser Gruppierungen und stellt sich klar gegen national-rassistisch motivierte Straftaten.

Die "Neue Rechte" - brauner Wein in blauen Schläuchen

Neben der klassisch-neonazistischen ist in den letzten Jahren eine neue, sehr heterogene rechtsextreme Bewegung entstanden, die sogenannte "Neue Rechte". Hierzu sind insbesondere die "Identitäre Bewegung" und die Initiative "1% für unser Land" zu zählen, aber auch Einzelpersonen wie Götz Kubitschek und große Teile der AfD. Die Akteur*innen der "Neuen Rechten" setzen auf reichweitenstarke Aktionen und werden dabei immer wieder gewaltätig. Viele vertreten einen völkischen Nationalismus, der oft an ähnliche Konzepte des NS erinnert. Dieser wird hinter einer vermeintlichen "deutschen Identität" versteckt, welche durch ansprechende Aufbereitung in Social Media besonders junge Menschen ansprechen

soll. So versucht besonders die "Identitäre Bewegung" Rassismusvorwürfe zu umgehen und ist deswegen hochgefährlich. Mit der AfD besitzt die "Neue Rechte" nun auch einen parlamentarischen Arm, der diesen Raum für seine menschenverachtende Agitation nutzt.

Rechte Hetze raus aus den Medien und den sozialen Netzwerken

Doch nicht nur offline, auch im Netz zieht menschenverachtendes Gedankengut weite Kreise, rechte Blogs, Facebookseiten und Instagramaccounts haben häufig eine sehr große Reichweite und nutzen sie, um dieses insbesondere unter jungen Menschen zu verbreiten. Auch sind für den Laien derartige Seiten häufig nicht eindeutig nach rechts zu verorten. Erst bei genauerem Hinsehen wird klar, welches eigentliche Gedankengut hinter den vielfach geteilten Posts steht. Rechte Gruppen nutzen ihre Social-Media-Netzwerke auch zu gezielten Shitstorms und versuchen im Extremfall, unliebsame Personen durch Morddrohungen mundtot zu machen. Oftmals werden solche Delikte von der Polizei aus Unwissenheit oder Unwillen nicht verfolgt.

Das Internet darf jedoch kein rechsfreier Raum sein in dem Rechte unwidersprochen und ungestraft Menschen beleidigen und gegen Minderheiten hetzen können - vielmehr müssen volksverhetzende Inhalte klar benannt und verfolgt werden! Opfer von rechts motiviertem Cyber-Stalking und -Mobbing müssen ernst genommen werden und Hilfe erhalten. Zudem muss dieses Verhalten verfolgt und bestraft werden, das Internet darf kein Platz für menschenverachtende Hetze und Ideologien sein!

Darüber hinaus propagieren Verlage wie zum Beispiel "Antaios" oder "Manuscriptum", die Wochenzeitschrift ,,Junge Freiheit'' oder auch das "Compact"-Magazin die Inhalte der "Neuen Rechten", in den von ihnen verlegten Medien und versuchen so, diese gesellschaftsfähig zu machen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen insbesondere die Veranstalter*innen von Buchmessen auf, solchen rechtsextremen Verlagen keine Bühne zu bieten!

Antifaschistische Zivilgesellschaft stärken!

Für uns ist klar: diesem Treiben darf nicht länger tatenlos zugesehen werden! Egal ob alte oder neue Nazis - wir stellen uns als antifaschistischer Jugendverband klar und deutlich gegen jede Art von Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus und Antiziganismus. Unser Ziel ist es, AfD, NPD, Identitäre und Co. aus der Gesellschaft zurückzudrängen. Es gilt, in der öffentlichen Debatte die Deutungshoheit zurückzugewinnen. Unsere Mittel dafür sind vielfältig. Wir wollen diesen Feind*innen der Menschlichkeit keinen Raum auf der Straße geben und werden uns als GRÜNE JUGEND Bayern wo immer möglich an antifaschistischen Protesten gegen Naziaufmärsche beteiligen. Wir werden versuchen, mit Bildungsangeboten junge Menschen für menschenverachtende Einstellungen zu sensibilisieren.

Darüber hinaus sind auch gesamtgesellschaftliche Bildungsmaßnahmen notwendig. In der Schule muss ein deutlich größeres Augenmerk auf die Erkennung und Bekämpfung menschenverachtender Ideologien gelegt werden. Zivilgesellschaftliche Initativen gegen Rassismus sollten vom Staat unterstützt und nicht aufgrund vermeintlichen "Linksextremismus" kriminalisiert werden. Ziviler Ungehorsam muss dringend entkriminalisiert werden. Auch Blockaden von Naziaufmärschen sind Meinungsäußerungen. Eine kurzfristige und unkomplizierte Anmeldung von

Gegendemonstrationen muss möglich sein. Außerdem darf der Staat durch unverhältnismäßige Auflagen eine Demonstration weder einschränken noch unterbinden. Offensichtlich neonazistische Demonstrationen dürfen keinen Zugang zu Straßen und Plätzen erhalten, die im Zusammenhang mit dem Gedenken an den NS stehen.

Außerdem müssen die Opfer rechter Gewalt als solche anerkannt, ernst genommen und angemessen entschädigt werden. Es kann nicht sein, dass rassistische Gewalttaten wie das Attentat am Münchner Olympiaeinkaufszentrum nicht als solche benannt und rechte Hintergründe weiterhin in vielen Fällen ignoriert werden.

Neben der Zivilgesellschaft muss auch der Staat stärker gegen rechtsextreme Organisationen vorgehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, der NPD die staatliche Parteieinfinanzierung zu streichen, wie es das Bundesverfassungsgericht 2017 angeregt hat. Darüber hinaus muss der Parteienstatus des "III. Weg" geprüft werden und bei einer Aberkennung ein Verbot erfolgen. Weiterhin fordert die GRÜNE JUGEND Bayern das Verbot der "Identitären Bewegung" und der "Initiative 1% für unser Land". Auch das Handeln und die Verbindungen der AfD zur gewaltbereiten rechten Szene müssen in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Polizei muss für die Erkennung und Bekämpfung von Straftaten mit rechter Motivation besser geschult werden. Insbesondere bei rechten Demonstrationen muss das Zeigen verbotener Symbole konsequent unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden. Ebenso muss klar und deutlich gegen die Streifengänge rechter "Bürgerwehren" vorgegangen und diese konsequent unterbunden werden. Auch hier muss bei festen Gruppierungen wie den "Soldiers of Odin" ein Verbot geprüft werden.

"Reichsbürger*innen"

Bayern ist zudem das Bundesland mit den meisten sogenannten "Reichsbürger*innen". Derzeit zählt diese Szene 3500 Menschen und hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. "Reichsbürger*innen" erkennen die Bundesrepublik nicht als Staat an und verbreiten oftmals rechtsextreme und revisionistische Ansichten und wollen das "Deutsche Reich" von 1937 oder 1918 zurück. Viele der "Reichsbürger*innen" besitzen Waffen, sind gewaltbereit und planen einen gewaltsamen Umsturz. Manche von ihnen arbeiten auch im öffentlichen Dienst, zum Beispiel der Polizei. Die CSU-Staatsregierung hat diese rechtsextreme Strömung viel zu lange gewähren lassen! Beschäftigte im öffentlichen Dienst, denen zweifelsfrei eine Zugehörigkeit zur „Reichsbürger*innen“-Bewegung nachgewiesen werden kann, müssen sofort aus ihren Positionen entfernt werden. Zudem muss ein sofortiges Waffenverbot für alle „Reichsbürger*innen“ erlassen werden.

"Nie wieder" oder "immer noch"?

Es wird wird bald keine Zeitzeug*innen von Shoa und NS mehr geben. Umso erschreckender ist es, dass man zurzeit kein großartiges Problem bekommt, wenn man sich positiv auf den NS bezieht, Rassismus oder Antisemitismus verbreitet oder sich das sogenannte "Deutsche Reich" zurückwünscht. Es ist eine gesamtgesellschftliche Aufgabe und auch die der GRÜNEN JUGEND Bayern, sich solchen Tendenzen entschlossen in den Weg zu stellen. Wir werden alles dafür tun, damit sich die deutsche Geschichte nicht wiederholt!

Begründung

Erfolgt mündlich.

FS3NEU Rettungsdienst und Katastrophenschutz stärken!	
Antragsteller*innen:	
Tagesordnungspunkt:	TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

Ein optimal funktionierender und gut ausgestatteter Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind wichtige Grundlage für eine gute Versorgung aller Menschen. Deshalb spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Ausstattung und moderner Einsatz- und Kommunikationstechnik für beide Bereiche aus. Die Arbeitsbedingungen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz müssen dringend massiv verbessert werden.

In der heutigen Zeit nehmen Gaffer*innen bei Rettungseinsätzen und Katastrophenfällen zu. Wie auch Feuerwehr und Rettungsdienst wiederholt betonen, müssen Rettungsgassen deutlich mehr ins Bewusstsein der Menschen gebracht werden. Hierfür fordern wir Kampagnen des Innenministeriums. Außerdem spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern für höhere Strafen und Fahrverbote aus, falls Menschen aktiv keine Rettungsgasse bilden. Wir sind überzeugt: Schon wenn der Verkehr ins Stocken kommt, sollte eine Rettungsgasse gebildet werden, denn jede Minute zählt! Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für die Förderung neuer Techniken ein, die Autofahrer*innen darauf hinweisen eine Rettungsgasse zu bilden.

Rettungsdienst weiterentwickeln

Retten muss koordiniert werden. Seit einigen Jahren schon gibt es in Bayern das Konzept der Integrierten Leitstelle: Hier laufen alle eingehenden Notrufe zusammen und werden entsprechend der Zuständigkeit verteilt, egal ob nun ein Löschfahrzeug oder Rettungswagen benötigt wird. Diese enge Verzahnung vereinfacht vielfach die Einsatzkoordination für Rettungskräfte, darüber hinaus ist es auch für die Bevölkerung von Vorteil unter einer gemeinsamen Notrufnummer jede beliebige Hilfeleistung zu erhalten. Deswegen spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern für einen flächendeckenden Ausbau des Integrierten Leitstellenwesens aus. Darüber hinaus muss außerdem eine stärkere Vernetzung der einzelnen Leitstellen untereinander stattfinden, um beispielweise eine Überlastung während Großschadenslagen aufzufangen beziehungsweise zu vermeiden. Wichtig hierfür ist speziell geschultes Personal: Der Beruf "Leitstellendisponent*in" will gelernt sein - innerhalb kürzester Zeit gilt es Hilfesuchende wie Rettungskräfte möglichst effizient und schnell zusammenzubringen. Oft werden sogar schon durch die*den Disponentin*Disponenten Ersthelfer*innen zu Maßnahmen, mitunter sogar zu Widerbelebungsmaßnahmen, angeleitet sowie emotionale Unterstützung geleistet. Darum unterstützen wir die angestrebte Einführung einer 3-jährigen Ausbildung zur*zum staatlich anerkannten Leitstellendisponentin*Leitstellendisponenten.

Auch im bayerischen Notarztwesen sehen wir Verbesserungsbedarf: Die Zulassung zum Notarztdienst muss unkompliziert und für jede Notärztin und jeden Notarzt kostenlos erfolgen, sowie an beliebigen Standorten ereignisnah möglich sein um das Einspringen von Notärzt*innen an anderen Standorten möglich zu machen und akute personelle Engpässe zu umgehen.

Rettungskräften muss Respekt entgegengebracht werden, Gewalt und Beschimpfungen verurteilen wir. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert verbesserte Aus- und

Fortbildung von Rettungskräften, Deeskalationstraining und körperschonende Abwehrtechnik sowie verbale Selbstverteidigung.

Feuerwehren wertschätzen und optimal ausstatten

Mehr als 300000 Menschen sind in Bayern für eine Freiwillige Feuerwehr aktiv. Dieses Ehrenamt und die Zeit, die in Ausbildung und Einsatz investiert werden, sind ein wertvoller Beitrag für die Gesellschaft. Mit der modularen Truppausbildung (MTA) wurde ein zukunftsweisender Weg eingeschlagen, den wir begrüßen. Eine optimale Ausstattung der Feuerwehren ist unabdingbar. Die Arbeit jeder Feuerwehr muss gewährleistet werden, deshalb muss die Förderung des Lösch- und Feuerwehrwesens weitergeführt werden und darf nicht gesenkt werden. Eine Zusammenarbeit von kleineren Freiwilligen Feuerwehren befürworten wir. Auch die noch immer gravierenden Probleme mit dem Digitalfunk müssen angegangen werden. Eine digitale Alarmierung muss endlich möglich werden.

Katastrophen aktiv vorbeugen

Seit Jahren fehlen vom Bund zugesagte Mittel für den Katastrophenschutz. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für eine Erhöhung der finanziellen Mittel durch Bund und Land und den Aufbau einer überörtlichen Katastrophenschutzausstattung ein. Die Unwetterlagen werden häufiger und großflächiger, darauf muss Bayern vorbereitet sein. Wir sprechen uns dafür aus, kontinuierlich das Katastrophenschutzsystem zu evaluieren und an Veränderungen sowie neue technische Möglichkeiten anzupassen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Rechtsstellung der ehrenamtlichen Helfer*innen im Katastrophenschutz und eine echte Gleichbehandlung mit den Kolleg*innen der Feuerwehren. Besonders Ausbildungs- Trainings- und Einsatzzeiten von ehrenamtlichen Einsatzkräften müssen berücksichtigt werden und die Freistellung durch Arbeitgeber*innen erleichtert sowie durch den Staat gegenfinanziert werden. Des Weiteren müssen bayernweit mehr Kathastrophenschutzübungen finanziert werden, insbesondere bei Großschadenslagen mit Beteiligung u.a. von Feuerwehr, Rettungsdiensten, THW, Polizei, Krankenhäusern sowie der kommunalen Katastrophenschutzabteilungen von Kreisfreien Städten und Landkreisen. Nur so wird sichergestellt, dass die verschiedenen Institutionen im Ernstfall aufeinander eingestellt und in enger Zusammenarbeit agieren können.

Aufgrund des Klimawandels und bereits jetzt zunehmender Extremwetterverhältnisse fordert die GRÜNE JUGEND Bayern einen Hilfsfond für Hochwasser und Überschwemmungen. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels massiv verstärkt und die Politik in Bayern konsequent ökologisch ausgerichtet werden. Ökologische und zukunftsgewandte Politik ist beispielsweise das Umsetzen von natürlichem Hochwasserschutz. Technischer Hochwasserschutz, wie durch Flutpolder, ist oftmals träge und ungenau im Einsatz. Außerdem besteht die Gefahr von vermehrten Mückenplagen, natürliche Flora und Fauna werden zerstört und beim Entleeren des Rückhalteraums kommt es oftmals zu Überlagerungseffekten und einem nochmaligen Ansteigen der Wasserspiegel in Flüssen. Deshalb spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen Flutpolder und für deutlich mehr natürlichen Hochwasserschutz aus. Hier muss dringend gehandelt werden. Moore müssen konsequent geschützt, weitere wiedervernässt sowie deutlich mehr Flüsse und Auen renaturiert werden. Besonders die Wiederherstellung ehemaliger Flussschleifen und Mäander als auch die Rückgewinnung von Rückhalteflächen und

überschwemmungsgefährdeten Bereichen muss vorangetrieben und das Wasserhaushalts- und Raumordnungsgesetz ausgeschöpft werden. Landwirtschaftlich genutzte Wiesen müssen wieder artenreicher und bis 2020 zehn Prozent der Staats-, Stadt- und Bundeswälder ungenutzte Naturwälder werden. Hochwasserschutz heißt auch, sparsam mit Flächen umzugehen. Versiegelte Flächen erschweren, dass Regenwasser vom Boden aufgenommen werden kann und steigern so die Hochwassergefahr. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb den Flächenverbrauch in Bayern von täglich 13,1 ha im Jahr 2015 auf unter 5 ha zu begrenzen.

Mehr Frauen*, Inter- und Trans*personen in den Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert Werbe- und Fördermaßnahmen, sowie strukturelle Veränderungen, um mehr Frauen* für eine Ausbildung im Rettungsdienst und Katastrophenschutz begeistern zu können. Ebenso ist es dringend nötig, dass mehr Pilotinnen in der Luftrettung tätig werden. Auch in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren sich immer mehr Frauen*. Diese Entwicklung begrüßen wir und fordern den Feuerwehrverband auf, seine Kampagnen zur Frauen*förderung weiterzuführen. Ferner möchten wir Inter und Trans*personen ermutigen, einen Beruf im Bereich des Rettungsdienstes oder Katastrophenschutzes zu ergreifen und stellen uns ganz klar gegen jede Art der Diskriminierung dieser Personengruppen. Hierzu gilt es mit entsprechenden Maßnahmen mehr Sichtbarkeit von und Sensibilität gegenüber Inter- und Trans*personen zu schaffen.

Begründung

erfolgt mündlich